

## **Denk-Anstöße 2007**

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

*Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.*

Ausgabe Januar 2007

### **Begehrlichkeiten**

Erfolg hat meist viele Väter. Dass die amtierende Bundesregierung den konjunkturellen Aufschwung für sich reklamiert, entspricht gängigen Polit-Ritualen. Unstrittig ist, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik durch eine Reihe oft zaghafter Reformschritte auch der Vorgängerregierung verbessert hat. Das für alle professionellen Beobachter letztlich überraschende Wirtschaftswachstum in 2006 um etwa 2,5 % erweist sich als risikoträchtig: Einerseits mehren sich in der Politik die Stimmen, die glauben machen wollen, Deutschland sei jetzt – auch ohne weitere Maßnahmen – dauerhaft fit für die Zukunft. Andererseits rufen Lobbyisten jeglicher Couleur schon wieder nach zusätzlichen Sozialausgaben. Gleichzeitig stellen führende Gewerkschaftler Lohnerhöhungen um 5 bis 7 % in den Raum. Das Allparteien-Bündnis der Anspruchsdenker wittert Morgenluft. Wer am meisten fordert, genießt die höchste mediale Aufmerksamkeit. Es wäre doch gelacht, wenn sich das zarte Pflänzchen eines selbst tragenden mehrjährigen Aufschwungs nicht mit vereinten Kräften zertrampeln ließe.

### **Am Bedarf vorbei**

Laut Bundesagentur für Arbeit gibt es derzeit – bei rund 4 Mio. Arbeitslosen – 1,6 Mio. offene Stellen. Immer mehr Branchen klagen schon wieder über Arbeitskräftemangel. Bei einer BDI-Befragung haben 60 % der Unternehmen derartige Probleme bestätigt. Es fehlen insbesondere qualifizierte Fachkräfte. Die Ausbildungs- und Sozialsysteme haben sich hierzulande offenbar weitgehend vom realen Bedarf abgekoppelt. Das unzureichende Angebot steht einem von der „Bild“-Zeitung angekündigten „neuen Wirtschaftswunder“ entgegen.

### **Systemnachteile**

Im Jahr 2006 haben die deutschen Unternehmen erstmalig über 100 Mrd. Euro Steuern bezahlt. Im Vorjahr sind 87,4 Mrd. abgeführt worden. Darüber, wie sich dieses gewaltige Aufkommen auf die unterschiedlichen Firmengrößen verteilt, liegen noch keine Informationen vor. Die 130 Industrie-, Handels- und Dienstleistungskonzerne, die im Dax, MDax, SDax und TecDax notiert werden, drücken ihre Steuerquoten – laut „Handelsblatt“ von den eigentlich fälligen 38,6 % auf durchschnittlich 28,2 %. Im Jahr 2005 haben die Konzerne statt der regulären 27 Mrd. nur 19,6 Mrd. Euro an Ertragssteuern gezahlt. Sie nutzen dabei oft Gestaltungsmöglichkeiten, die kleinen und mittleren Unternehmen verschlossen sind. Diese Relativierung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit führt zu ordnungspolitischen Verzerrungen und fördert marktwirtschaftlich nicht erwünschte

Konzentrationsprozesse.

### **Blutbad**

Vor einem „Blutbad“ an den europäischen Kapitalmärkten warnt die Studie einer deutschen Großbank. In der nächsten Rezession könne es zum Ausfall ungeheurer Kreditvolumina kommen, die von Finanzinvestoren und Fonds für Firmenkäufe („leveraged loans“) aufgenommen wurden. Zum Hintergrund: Allein in 2006 wurden Firmen im Wert von 300 Mrd. Dollar mit hohem Fremdfinanzierungsanteil übernommen. Hedgefonds kaufen diese oft kaum oder gar nicht abgesicherten Darlehen den Banken ab, ohne über genügend Ausfall-Reserven zu verfügen. Die hier im Domino-Prinzip bestehenden Risiken sind in der Tat nicht kalkulierbar. Basel II scheint in diesen Dimensionen keine Rolle zu spielen.

### **Schlamperei**

Schlechte Gesetze seien „die schlimmste Art der Tyrannei“, hat der Staatsphilosoph Edmund Burke einmal angemerkt. Der Bundespräsident hat kürzlich die sinkende Qualität der Normgebung beanstandet. Die Verabschiedung erfolge immer hektischer, und die Fehlerhaftigkeit der Gesetze erfordere oft unverzügliche Korrekturen. Diese Schlamperei untergrabe das Vertrauen der Bürger in den Staat. So hat Köhler die Unterzeichnung des Flugsicherungsgesetzes mit Hinweis auf „evidente Verfassungswidrigkeit“ verweigert. Als abschreckendes Beispiel für missratene Parlamentsarbeit gilt das wolkige Gleichbehandlungsgesetz. Die zunehmende Neigung des Bundestags, Gesetze mit unbestimmten Rechtsbegriffen besonders auslegungsbedürftig zu gestalten, führt an die Kapazitätsgrenzen der Gerichte. Allein das Einkommensteuergesetz ist seit 2002 405-mal geändert worden. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts spricht „vom Stricken mit heißer Nadel“. Der BFH-Präsident klagt über zunehmende Rechtsunsicherheit. Und ein Anwalt stellt etwas ambivalent fest: „Wir verdienen an jedem schlecht gemachten Gesetz.“

### **Frösche fragen?**

Eine interessante Frage wirft ein emeritierter Philosophie-Professor bei einer spätabendlichen Diskussion auf: Welche tiefgreifenden reformerischen Umgestaltungen sind in einer modernen Demokratie überhaupt noch möglich, wenn sich die Volksvertreter vorrangig ihren jeweiligen kurzfristigen Partikularinteressen verpflichtet fühlen, nicht aber generationsüberschreitenden ganzheitlichen Zielen? Wenn die Wiederwahl konkret mehr Bedeutung hat als die abstrakte grundgesetzliche Verpflichtung, dem Wohl des deutschen Volkes zu dienen? In der Tat, hier liegt die Crux: Wer den Sumpf austrocknen will, sollte tunlichst nicht die Frösche befragen.

Ausgabe Februar 2007

### **Zumutbarkeit**

Selbst die Konjunkturforscher verfolgen den Aufschwung in Deutschland mit Überraschung. Bei der derzeitigen Euphorie werden jedoch meist die Globalisierungseffekte verkannt, die dem „Exportweltmeister“ den momentanen Boom vorrangig bescheren. Ein Blick auf die internationalen Wettbewerber relativiert die emotionale Begeisterung: Einer neuen Studie zufolge wird Deutschland auch

2007 – wie im Vorjahr – in puncto Wirtschaftswachstum nur auf dem vorletzten Platz unter 15 Industrienationen rangieren. Es besteht also keinerlei Anlass für populistische Selbstgefälligkeit, wie sie der SPD-Vorsitzende mit der von ihm geforderten Reformpause („Grenzen der Zumutbarkeit“) zelebriert hat. Zurecht hat der Bundespräsident darauf hingewiesen, dass die „notwendige grundlegende Erneuerung Deutschlands“ noch nicht geschafft sei. Und der Bundesbankpräsident warnte davor, die gegenwärtige Konjunkturlage mit einer Verbesserung der langfristigen Wachstumsperspektiven zu verwechseln. Unverändert stünden auf der Dringlichkeits-Agenda ganz oben die „Flexibilisierung der Arbeits- und Gütermärkte“, die Reform der Renten- und Gesundheitssysteme sowie die Konsolidierung der Staatsfinanzen. Unter Wirtschaftsforschern wächst die Erkenntnis, dass der aktuelle Aufschwung die wohl letzte Schonfrist eröffnet, um das Land endlich fit zu machen für die Zukunft.

### **Zukunfts-Ranking**

Die Höhe der F&E-Ausgaben ist ein zentraler Gradmesser für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Industrienationen. Eine von der britischen Regierung veranlasste Untersuchung kommt zu bedenklichen Ergebnissen. Danach sind die Forschungsinvestitionen amerikanischer Unternehmen im Zeitraum 2005/2006 um 8,2 % gestiegen, während die europäischen Firmen im Durchschnitt 5,8 % zugelegt haben. Mit nur 2 % bildete Deutschland das Schlusslicht unter den größeren EU-Ländern. Bei diesem weltweit umfassendsten Ranking ist das F&E-Verhalten der diesbezüglich größten 1.250 Unternehmen analysiert worden. Die Verschiebung im globalen Wirtschaftsgefüge zeigt sich am Engagement in Asien. So hat Taiwan die Forschungsausgaben um 30,5 % erhöht und Südkorea um knapp 12 %. China ist – einer neuen OECD-Studie zufolge – 2006 mit F&E-Investitionen von 136 Mrd. Dollar weltweit auf Platz 2 vorgerückt. Gleichzeitig ist die Volksrepublik, die übrigens immer noch deutsche Entwicklungshilfe bezieht, zum Land mit den größten Devisenreserven der Welt avanciert.

### **Statistik**

Das Absinken der offiziellen Arbeitslosenzahlen auf 4 Mio. Menschen wird von manchen Kommentatoren als nahezu epochaler Durchbruch gefeiert. Übersehen wird dabei, dass die Statistik das Heer der verdeckten Arbeitslosen ausklammert. Bezieht man die 1,28 Mio. Menschen ein, die sich in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Umschulungen o.ä. befinden, so lag die reale Quote im Jahresdurchschnitt 2006 bei 5,81 Mio. Hinzu kommt die Dunkelziffer der Personen, die sich aus unterschiedlichen Gründen nicht als arbeitssuchend gemeldet haben. Hans-Olaf Henkel hat bei der Entgegennahme des von „markt intern“ verliehenen „Deutschen Mittelstandspreises 2006“ darauf hingewiesen, dass 1963 in Deutschland 63.000 Arbeitslose gemeldet waren, also ziemlich genau so viele Menschen, wie heute bei der Arbeitsagentur beschäftigt sind. Am Rande bemerkt: Allein die zwischen 1999 und 2006 erfolgten 271.450 Firmenpleiten haben 4,27 Mio. Arbeitsplätze vernichtet.

### **Private Impudence**

Nach Abschaffung der Steuersparmodelle via Schiffsbeteiligung oder Medienfonds werden verstärkt „exklusive“ Private Placements angeboten, die den Anlegern unter Vermeidung finanzamtlicher Anerkennungsprobleme („Modellcharakter“) ähnliche Steuerverschiebungen bescheren sollen. Dabei erstaunt in der Praxis die wirtschaftliche Naivität und fachliche Inkompetenz vieler Investoren, die nach dem

Motto „Friss oder stirb“ nahezu alle strukturellen und vertraglichen Ungereimtheiten akzeptieren. Bemerkenswert ist auch die Dreistigkeit mancher Initiatoren, die durch vorsätzliche Vernebelung der hohen „Weichkosten“, also vor allem der Provisionen und Kick-Back-Zahlungen versuchen, ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen. Kennzeichnend für dieses exotische Geschäftsgebaren ist das Vorgehen eines Hamburger Initiators und Konzeptentwicklers, der die ihm lästigen Fragen seiner Gesellschafter nach verdeckten Zahlungen zum Anlass nahm, sein Betreuungsangebot mit wachweichen Ausreden zurückzuziehen. Auch im Medienfonds-Bereich häufen sich die Beschwerden der Anleger über das gezielte Absaugen der eingelegten Gelder durch nicht nachvollziehbare Netzwerke von Kooperationsfirmen und Dienstleistern, bei denen das Kapital planmäßig versickert. Höchste Zeit, diesen Neppern endlich per Sammelklage der Geschädigten das Handwerk zu legen.

### **TV-Maxime**

Peter Ustinov hat einmal festgestellt: „Eine der niederschmetterndsten Erfahrungen meines Lebens ist, dass Dummheit für Dumme offenbar unterhaltsam ist.“ Für manche Programm-Verantwortlichen bei deutschen TV-Sendern scheint diese Erkenntnis zur verpflichtenden Maxime geworden zu sein.

Ausgabe März 2007

### **Kein Selbstläufer**

In der gegenwärtigen Konjunktur-Euphorie untergegangen ist die Warnung des Bundesbankpräsidenten vor der irrigen Annahme, dass sich die Reformdefizite am Standort Deutschland durch den Aufschwung von selbst beheben würden. Dazu stellte Axel A. Weber fest: „Gerade das niedrige Potenzialwachstum belegt, dass die fortbestehenden Probleme nicht konjunktureller, sondern struktureller Art sind.“ Durch die relative wirtschaftliche Belebung habe sich die Anzahl der strukturellen Herausforderungen nicht verringert. Akuter Handlungsbedarf bestehe vielmehr unverändert bei den deutschen Großbaustellen Arbeitsmarkt, öffentliche Haushalte und demografische Entwicklung. Vor diesem Hintergrund appellierte der Bundesbanker an die Politik, den Rückenwind des Aufschwungs zu nutzen, um wachstumsfördernde Reformen voranzutreiben.

### **Wind of Change**

Noch vor wenigen Jahren haben Globalisierungsgegner die westlichen Industrienationen angeklagt, die Länder der dritten und vierten Welt in wirtschaftlicher Unterdrückung und Abhängigkeit zu halten. Allmählich dämmert auch Attac & Co, wer die wahren Gewinner und Verlierer der Globalisierung sein werden. China, Indien und Russland sind dabei, sich mit überdurchschnittlichen BIP-Wachstumsraten in den Kreis der großen Global Player einzureihen. China, inzwischen das Land mit den größten Währungsreserven der Welt, wird – einer neuen Studie zufolge – Deutschland schon 2008 den Rang als „Exportweltmeister“ ablaufen. Die USA, Japan und die Euro-Zone verlieren Anteile am Welthandel. Das gilt auch für Deutschland, dessen Wirtschaft 2007 nach Prognose der Bundesregierung um 1,7 % wachsen soll, während die Weltwirtschaft um 5 % zulegen dürfte. Eine neue Studie der ETH Zürich kommt zu dem Schluss, dass die Vorbereitung auf die Globalisierung in den reichen westlichen Ländern praktisch

stagniere, während in Asien, Osteuropa und auch Lateinamerika die Anstrengungen massiv verstärkt würden.

### **Relative Armut**

Das statistische Bundesamt hat kürzlich mit der Meldung, 13 % der Deutschen seien von Armut bedroht, für öffentliche Bestürzung und vehemente Medien-Diskussion gesorgt. Churchill hat bekanntlich einst bekundet, nur an die Statistik zu glauben, die er selbst gefälscht habe. Das Bundesamt bezeichnet Familien, denen weniger als 1798 Euro netto p.M. zur Verfügung stehen, als arm. Tatsächlich sind die Sozialleistungen hierzulande seit Jahren wesentlich stärker gestiegen als die Durchschnittslöhne. Manche Gutmenschen wollen die relative Armut bekämpfen durch weiter forcierte Umverteilung. Der ifo-Präsident plädiert für eine andere Vorgehensweise: „Das deutsche Armutsproblem ist nicht entstanden, weil der Staat zu knauserig war, sondern weil er im Gegenteil zu viel Geld für Nichtstun ausgegeben hat. Eine wirksame Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Reintegration der Ausgestoßenen in die Arbeitswelt verlangt einen Sozialstaat, der die Menschen fürs Mitmachen statt fürs Wegbleiben bezahlt, womit wir bei Kombilohn oder der aktivierenden Sozialhilfe wären.“

### **Innovations-Bremsen**

Nur jedes 16. Innovationsprojekt mündet in Deutschland in einen Markterfolg. Die meisten Projekte scheitern – einer neuen Studie der Ruhr-Universität Bochum zufolge – an „mangelhafter Marktanalyse und fehlender Kundeneinbindung“. Auf der Fehlerliste folgen Over-Engineering, ungeklärte Zuständigkeiten und Verzettelung. Auch beim Management von Veränderungsprozessen scheint einiges im Argen zu liegen. Bei einer Untersuchung haben nur 10 % der befragten Manager erklärt, in ihrem Unternehmen erreiche die Erfolgsquote zwischen 81 und 90 %. Ein Drittel gab erstaunlicherweise an, gar keine Kenntnisse darüber zu haben. Als wichtigste Erfolgsvoraussetzungen wurden die konsequente Kommunikation sowie die professionelle Planung und Steuerung genannt.

### **Kritik an Fonds**

Die in der Februar-Kolumne enthaltenen Anmerkungen zum Geschäftsgebaren und zur Seriosität mancher Initiatoren von geschlossenen Fonds haben ein lebhaftes Echo ausgelöst. Eine ganze Reihe von Lesern berichtet über skandalöse Usancen. Dazu gehört offenbar meist eine bewusst vernebelnde Informationspolitik. Klare Jahresberichte mit einer Gegenüberstellung von Plan- und Ist-Werten sind die Ausnahme. Fast immer liegen die Ausschüttungen deutlich unter Plan. Den Bitten namhafter Wirtschaftsredaktionen, hier Ross und Reiter zu nennen, wurde zunächst nicht stattgegeben. Aber was nicht ist, kann noch werden. Das Thema verdient eine öffentliche Untersuchung, schon um künftige Anleger vor solch exotischen Risiken zu warnen.

### **Sonderzug nach Absurdistan**

Der kulturelle Jahrmarkt der Eitelkeiten treibt absonderliche Blüten. So ist kürzlich der mittlerweile etwas zauselige Alt-rocker Udo Lindenberg mit der Carl-Zuckmayer-Medaille für „seine Verdienste um die deutsche Sprache“ ausgezeichnet worden. Dies ist in etwa so sinnstiftend, als würde man den Puh (den Bären) für den Literaturnobelpreis vorschlagen. Satirische Versuche, die Wirklichkeit zu interpretieren, werden hierzulande längst von einer kontinuierlichen Realsatire übertroffen.

Ausgabe April 2007

### **Schuld und Tilgung**

Die Tatsache, dass die Bundesrepublik 2006 erstmals seit fünf Jahren wieder die EU-Neuverschuldungsgrenzen von maximal 3 % einhalten konnte, hat vielerorts ein irrales Gefühl der Entspannung ausgelöst. In der grauen Realität belief sich die durch Neuverschuldung auszugleichende Unterdeckung jedoch beim Bund auf knapp 35 Mrd. Euro und bei den Ländern auf 9,7 Mrd. Euro. Damit ist der öffentliche Schuldenberg auf eine Rekordhöhe von insgesamt 1.567 Mrd. Euro gewachsen. Einem „Spiegel“-Bericht zufolge hat Steinbrück sein Ziel aufgegeben, in absehbarer Zeit einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Stattdessen muss er sich schon wieder tagtäglich gegen neue Begehrlichkeiten von Minister-Kollegen wehren, die sich mit zusätzlichen sozialen Wohltaten profilieren wollen. Darüber, dass es bei dieser Polit-Mentalität nicht zu einer wirklichen Entlastung künftiger Generationen durch konsequente Schuldentilgung kommen wird, macht sich in Berliner Insider-Kreisen kaum noch jemand Illusionen.

### **Verteilungsstaat**

Nur noch 41 % der Bundesbürger finanzieren ihren Lebensunterhalt selbst. Sechs von zehn Menschen leben also hierzulande von staatlich organisierten Transferleistungen. Das personal- und kostenintensive System der Umverteilung, das längst nicht mehr nur die wirklich Bedürftigen beglückt, hat sich mittlerweile weitgehend verselbstständigt. Der Philosoph Peter Koslowski spricht in dem Zusammenhang von „Ausbeutung“ derjenigen, die als Selbstständige und Arbeitnehmer die Steuerkassen füllen. Gerade hier gilt: Immer weniger müssen immer mehr arbeiten, damit immer mehr immer weniger (oder gar nicht) arbeiten müssen. Laut Bundesfinanzministerium bringen die 4,2 % der Steuerpflichtigen, die jährlich mehr als 52.152 Euro (ledig) bzw. 104.304 Euro (verheiratet) verdienen, schon über 40 % der gesamten Einkommenssteuern auf. Die Einkommensbelastungsquote durch Steuern und Sozialabgaben lag 2006 bei durchschnittlich 52 %. Ein System, das Leistung überproportional belastet und die Neigung zur staatlichen Alimentierung fördert, unterliegt einer verhängnisvollen Eigendynamik.

### **Robuster Aufschwung**

Nachdem das BIP-Wachstum für 2006 nochmals auf 2,7 % korrigiert worden ist, stehen die konjunkturellen Ampeln auch für 2007 auf grün. Während die Regierung für das laufende Jahr mit einer Steigerung von 1,7 bis 2 % rechnet, geht die angehobene DIHK-Prognose, die auf einer Befragung von 25.000 Unternehmen basiert, sogar von 2,3 % aus. Voraussetzung sei allerdings, dass die Konjunktur nicht durch einen „Lohnschock an der Tariff front“ abgewürgt werde. Der private Konsum soll – wie im Vorjahr – um 0,6 % zulegen. Dagegen werde der Export erneut beachtlich, nämlich um 11 %, wachsen. Aber auch die Binnenwirtschaft habe sich zur zweiten Konjunktursäule gemausert. Die Investitionspläne der Unternehmen seien so expansiv wie seit 16 Jahren nicht mehr. Dieser Trend werde sich weiter positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken. Im gewerblich-technischen Bereich würden die Expansionspläne bereits durch Personalengpässe behindert.

### **Selbstbedienung**

Es gibt offenbar keinen anderen Investment-Bereich, der von Anlegern so kritisch gesehen wird wie die Medienfonds. Vielen Initiatoren wird mittlerweile eine Geschäftspolitik unterstellt, die gezielt dafür Sorge, dass die in den Verkaufsprospekten genannten finanziellen Verheißungen nicht erreicht werden. Und in der Tat: Fast überall sind merkwürdige Usancen erkennbar, die im seriösen Anlagebereich eigentlich verpönt sein sollten. So dümpelt beispielsweise der Fond Medien Capital Treuhand nach kräftiger Selbstbedienung früherer Funktionsträger seit Jahren völlig ineffizient vor sich hin. Der Fond German Film Productions ist nicht imstande (oder willens), drei Monate nach der Gesellschafterversammlung ein Protokoll vorzulegen. Aber auch eigentlich renommierte Initiatoren fallen durch eine grottenschlechte Leistungsfähigkeit auf. So versuchen Häuser wie Hannover Leasing, KGaL und LHI Kaledo, ihre Gesellschafter mit umständlichen Beschwichtigungsbriefen auf extreme Kürzungen der planmäßigen Ausschüttungen um z.T. über 75 % vorzubereiten. Hannover Leasing hält den Hinweis für beruhigend, dass die Rückführung der fremdfinanzierten Einlage sichergestellt sei. Kein Wunder, dass immer mehr Anleger den Rechtsweg beschreiten wollen, um die seltsamen Praktiken überprüfen zu lassen.

### **Themenpark**

Europa laufe Gefahr, ein historischer Themenpark für reiche Touristen aus Amerika und Asien zu werden, wenn die Sozialsysteme nicht umfassend reformiert würden. Diese Meinung vertritt der Zukunftsforscher John Naisbitt, der vor 25 Jahren in seinem Bestseller „Megatrends“ wesentliche Entwicklungen wie Globalisierung und Wissensökonomie vorausgesagt hat. Das Kernproblem des alten Kontinents bestehe darin, dass man umgeschwenkt sei von einer Öffnung des Marktes zu einer Harmonisierung und Regulierung sowie zur Umverteilung durch Steuern. Die Antwort der Besten bestehe darin, woanders hinzugehen. Außerdem schrumpfe nicht nur die Bevölkerung, sondern auch der Teil der Leute, die arbeiten.

Ausgabe Mai 2007

### **Erst 30 %**

Der konjunkturelle Aufschwung erweist sich – bislang – als überraschend stabil. Das Institut für Weltwirtschaft hat seine deutsche Wachstumsprognose für 2007 auf 2,8 % erhöht. Das ifo-Institut rechnet mit 2 % und hält ein Anhalten der BIP-Steigerung bis zum Ende des Jahrzehnts für möglich. Politiker, die in diesem Zusammenhang gerne vom „Boom“ sprechen, blenden aus, dass das globale Wachstum in diesem Jahr die 5 %-Marke überschreiten dürfte, also etwa doppelt so hoch ausfallen wird wie in Deutschland. Gleichwohl streiten sich CDU und SPD um die Vaterschaft des Aufschwungs. Beide Parteien führen den (relativen) Erfolg jeweils auf ihren makroökonomischen Reform-Weitblick zurück. Dagegen weist Alt-Bundespräsident Roman Herzog – zehn Jahre nach seiner Ruck-Rede – den erreichten Fortschritt vorrangig den Unternehmern zu, die vor der Alternative standen, „sich zu wandeln oder unterzugehen“. Gleichwohl sei der Reformstau im politischen Bereich erst um allerhöchstens 30 % und in der Wirtschaft um 40 % abgearbeitet.

### **Hedge-Fonds**

Zu den mit Recht kritisch beobachteten Begleiterscheinungen der Globalisierung

gehört das mitunter zügellose Wirken der Hedge-Fonds. Der IWF-Chef Kenneth Rogoff sieht sich durch dieses Treiben an die Endphase des „Neuen Marktes“ erinnert. Er plädiert für eine Eingrenzung der weltweiten Finanzmarktrisiken durch strengere Regulierungen. Aktuelles Negativbeispiel sei der „Yen-Carry-Trade“, bei dem sich Hedge-Fonds Hunderte Milliarden zu niedrigsten Zinsen in Japan liehen, um diese Gelder in Hochzinsländern anzulegen. Altkanzler Helmut Schmidt hat übrigens schon vor zehn Jahren vor unkalkulierbaren Kettenreaktionen gewarnt, die aus Pleiten einzelner Fonds entstehen können. Auch der BDI sieht „das Risiko systemischer Dominoeffekte“ und fordert mehr Transparenz und schärfere Kontrollen für aggressive Investoren. Das betrifft auch die Investmentbanken, die im Jahr 2006 rund 50 Mrd. Dollar an Gebühren und Zinsen von den Hedge-Fonds kassiert haben.

### **Keine Rücklagen**

„Blankes Entsetzen“ hat bei den Finanzpolitikern laut „Spiegel“ die Erkenntnis ausgelöst, dass die Bundesländer in den nächsten 20 Jahren fast ein Billion Euro für Beamtenpensionen aufbringen müssen. Als Problem gilt die Lebenserwartung der ehemaligen Staatsdiener, die bis zu drei Jahre höher liege als beim Normalbürger. Schon 2020 müssten die Länder durchschnittlich 10 % ihrer Steuereinnahmen für Pensionskosten bereitstellen, was den finanzpolitischen Spielraum zunehmend beschneide und die Neuverschuldung beschleunige. Unfassbar dabei ist, dass die Länder bisher keine ausreichenden Rücklagen für die Altersversorgung ihrer Beamten gebildet haben, obwohl schon 1997 eine vom damaligen hessischen Ministerpräsidenten Hans Eichel beauftragte Studie vor der „völligen Handlungsunfähigkeit von Regierung und Parlament“ gewarnt hatte. Zumindest in eigener Sache ist Eichel konsequent: Per Klage vor dem Verwaltungsgericht will er feststellen lassen, inwieweit das Land Hessen und die Stadt Kassel seine opulente Bundesministerrente durch jeweils vierstellige Monatszahlungen aufzustocken haben.

### **Ende der Illusionen**

Eine härtere Gangart gegen kriminelle Jugendliche hat Gilles Duhem, der frühere „Quartiersmanager“ von Berlin-Neukölln, in einem „Focus“-Interview gefordert. Es spricht von einer Diktatur der Gutmenschen und Betonköpfe, die sich den Realitäten verschlossen. So kämen selbst brutalste Serientäter immer wieder mit „geradezu absurden Bewährungsurteilen“ davon. Araber, Türken, Ex-Jugoslawen oder russische Aussiedler, die mit einem völlig anderen Rechtsverständnis aufwuchsen, interpretierten solche Bewährungsurteile als Freisprüche. Der Erziehungsgedanke vieler Richter laufe völlig ins Leere. Intensivtäter begingen schon einen Tag später die nächste Straftat. Der Franzose weiter: „Den Richtern aus der 68er-Generation ist offensichtlich das Schicksal dieser Serienverbrecher wichtiger als das der Bürger auf der Straße“. Hauptursache dieser Fehlentwicklung sei das archaisch geprägte Umfeld solcher Migranten-Familien. Man kümmere sich nicht erzieherisch um die Kinder, solange die „Familienehre“ nicht verletzt werde. Die einzige Chance bestehe darin, die jungen Täter aus dieser Umwelt zu holen und sie in geschlossenen Internaten auf die hiesige Welt vorzubereiten. Wohl nie zuvor hat ein desillusionierter Brennpunkt-Sozialarbeiter die Multi-Kulti-Ideologen so offen mit der harten Wirklichkeit konfrontiert.

### **Chuzpe**

Ein erstaunliches Maß an Rücksichtslosigkeit und Dreistigkeit zeigen manche Hoteliers im Umgang mit ihren Gästen. So wurden die Urlauber im Maritim-Seehotel



Timmendorfer Strand kürzlich pünktlich und regelmäßig um 7 Uhr morgens durch extremen Lärm geweckt, den Bagger und LKW bei Bauarbeiten vor dem Gebäude verursachten. Auch im Hotel sorgte die Totalsanierung einer Etage für erhebliche Belästigungen. Das völlig überforderte Rezeptionspersonal empfahl reklamierenden Hotelgästen, den Problemen durch eine Busreise nach Mecklenburg-Vorpommern auszuweichen. Auch eine Art von Kundenbindung.

Ausgabe Juni 2007

### **Ursachen und Wirkung**

Der Aufschwung entwickelt eine spürbare Eigendynamik. Die fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten für 2007 und 2008 ein BIP-Wachstum von jeweils 2,4 %. Der private Konsum soll 2007 um 0,9 % und 2008 um 2,1 % zulegen. Bei den Investitionen prognostiziert das Frühjahrsgutachten Zuwächse von je 4,3 %. Nach wie vor rätseln die Gelehrten über die eigentlichen Ursachen des „kleinen Wirtschaftswunders“. Unstrittig ist, dass die Initialzündung dem durch weltweite Nachfrage ausgelösten Exportboom zu verdanken ist. Dieser Erfolg wäre allerdings ohne die umfassende Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bei den deutschen Unternehmen nicht möglich gewesen. Das gilt nicht nur für die Konzerne, sondern gerade für die mittelständischen Firmen. Dazu beigetragen hat in den letzten Jahren ebenso eine maßvolle Lohnpolitik. Zahlreiche Betriebsräte haben unvermeidliche Restrukturierungsmaßnahmen mit Vernunft und Augenmaß begleitet. Ob die im Mai von der IG Metall erzwungenen tariflichen Lohnerhöhungen von über 4,1 % dem Ganzen dienen werden, darf dagegen bezweifelt werden.

### **Begehrlichkeiten**

Wenn's dem Esel zu gut geht, tanzt er auf dem Eis. Die sprudelnden Steuer-Mehreinnahmen wecken bei Politikern und Lobbyisten neue Begehrlichkeiten. Steuerschätzer rechnen angesichts des anhaltenden Aufschwungs bis 2011 mit zusätzlichen Einnahmen in Höhe von 200 Mrd. Euro in den Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden. Der Finanzminister hat seine Kabinettskollegen gemahnt, „jetzt nicht besoffen zu werden und die Bodenhaftung zu verlieren“. Gleichzeitig hat er postuliert: „Was jetzt ansteht, ist, die Nettokreditaufnahme auf Null zu bringen, und in die Entschuldung einzusteigen.“ Ob das löbliche Kernziel Steinbrücks, schon 2010 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorzulegen, erreichbar ist, bleibt angesichts der in Wahlkampfzeiten zunehmenden Neigung, mit der sozialen Gießkanne Punkte zu sammeln, abzuwarten. Unverkennbar besteht die Gefahr, dass Schwarz-Rot den Sparkurs beendet, bevor er überhaupt wirksam geworden ist. Tatsache ist: Der Bund wird 2007 rund 19 Mrd. Euro mehr ausgeben als im Jahr 2004. Bereitgestellt wird diese Summe durch Neuverschuldung.

### **Politisierte Klimaschutz**

Der UN-Klimareport hat vor allem hierzulande in der Öffentlichkeit eine an Hysterie grenzende Scheindiskussion ausgelöst. Dabei geht es oft nicht mehr um wissenschaftliche Fakten, sondern eher um ideologisch geprägte Vermutungen und Spekulationen. Der Klimaforscher Hans von Storch merkt dazu an: „Leider verstehen sich viele Wissenschaftler zu sehr als Pastoren, die den Menschen Moralpredigten halten. Das ist auch ein Erbe der 68er-Generation.“ Dass nur 3 % des Kohlendioxids in der Atmosphäre vom Menschen verursacht wird, passt manchen Gutmenschen

genauso wenig ins Weltbild wie die Tatsache, dass die Nutztiere das Klima stärker belasten als alle Kraftfahrzeuge. Dass grundsätzlich Handlungsbedarf besteht bei Energieeinsparung und Klimaschutz, ist unstrittig. Die international organisierte Panikmache in Richtung Weltuntergang ist jedoch auf Dauer geeignet, die Akzeptanz der seriösen Umwelt-Bemühungen zu desavouieren.

### **Globale Gier**

Die weltweit rund 9.000 Hedgefonds haben das von ihnen beherrschte Kapital 2006 gegenüber dem Vorjahr um 30 % auf 2 Billionen Dollar aufgestockt. Die gefährliche Blasenbildung dieser weitgehend unkontrollierten Branche zeigt sich in den exzessiven Gehältern ihrer Manager. Mehrere Akteure haben 2006 zwischen 1,5 und 2 Mrd. Dollar an Vergütungen eingesackt. Dagegen blieb die Performance oft hinter den Börsen-Indices zurück. Die Schweizer UBS hat kürzlich einen amerikanischen Hedgefonds nach Verlusten von 150 Mio. Schweizer Franken vom Markt genommen. Gleichwohl empfehlen deutsche Banken ihren Privat-Banking-Kunden weiterhin, in derartige Kapital-Sammelstellen zu investieren.

### **IQ und Reichtum**

Reichtum hat nichts mit Intelligenz zu tun. Zu diesem Ergebnis kommt eine Langzeitstudie der Ohio State University. Der Wohlstand eines Menschen stehe – wie die Untersuchung an 7.400 US-Bürgern zeige – in keinem Zusammenhang zur Höhe des Intelligenzquotienten. Das Fazit lautet: „Menschen werden nicht reich, weil sie klug sind.“ Im Gegenteil: Durchschnittlich begabte Leute verstünden sich oft besser darauf, zu Reichtum zu kommen. Dass minimaler IQ maximales Einkommen generiert, behauptet die Studie allerdings nicht. Anderenfalls müssten sich die oben erwähnten Hedgefonds-Manager merkwürdige Fragen gefallen lassen.

### **Flatrate-Wahnsinn**

Über 16.000 Menschen sind 2005 an den Folgen von Alkoholismus gestorben. Im selben Jahr waren 5.458 Verkehrstote zu beklagen. Ebenfalls in 2005 sind fast 300.000 Bundesbürger wegen alkoholbedingter Verhaltensstörungen in Kliniken behandelt worden. Wenn angesichts dieser Fakten Disco-Betreiber junge Leute zum „Flatrate-Saufen“ animieren, so ist dies symptomatisch für eine gesellschaftliche Subkultur, der jedes Gefühl für Ethik, Verantwortung und Gemeinwohl abhanden gekommen ist.

Ausgabe Juli 2007

### **Entwicklungshilfe**

Der G8-Gipfel von Heiligendamm stand in bislang nicht gekannter Weise unter dem Druck der öffentlichen bzw. veröffentlichten Meinung. Nach der „Klima-Katastrophe“ hat die internationale Koalition der selbst ernannten Gutmenschen den Massenmedien mit dem Thema Afrika ein weiteres Weltuntergangs-Szenario aufgezwängt, das erneut Fakten ersetzt durch Ideologie und Wunschdenken. Einigen Popstars, die sich z.T. in bemerkenswerter intellektueller Schlichtheit als Weltenretter geriert haben, ist es gelungen, die Berichterstattung der öffentlichen Fernsehanstalten bis an die Schmerzgrenze zu monopolisieren und zu emotionalisieren. Bei den ultimativ vorgetragenen Forderungen nach einer drastischen Erhöhung der Entwicklungshilfe für Afrika wurden die Realitäten

weitgehend ausgeblendet. Der ugandische Entwicklungsexperte Andrew Mwenda hat darauf hingewiesen, dass die Entwicklungshilfe schlechtes Regieren belohne und notwendige Reformen verhindere. Es sei nicht einzusehen, dass deutsche Steuerzahler den luxuriösen Lebensstil von Diktatoren finanzierten. Den Popstars Bono und Bob Geldof warf der frühere Weltbankberater vor, mit ihren Aktivitäten „korrupte Regierungen zu pampern“. Auch der Äthiopier Asfa-Wossen Asserate fordert, „den Diktatoren den Geldhahn zuzudrehen“. Und die FAZ weist darauf hin, dass – trotz der seit 1960 gezahlten 500 Mrd. Dollar – die Lebensbedingungen auf dem schwarzen Kontinent heute schlechter seien als zu Kolonialzeiten.

### **Im Wettbewerb**

Beim Stichwort Globalisierung reagieren manche Politiker und Medien wie der Pawlow'sche Hund. Die bloße Erwähnung dieser mittlerweile zum Kampfbegriff mutierten Beschreibung einer unaufhaltbaren Entwicklung genügt, um – wie auf Knopfdruck – wohlfeile Bekenntnisse im Sinne der Political Correctness abzuspuhlen und diffuse Aktionsbereitschaft zu bekunden. Doch auch hier sind vernebelnde Feindbilder wenig hilfreich. Die FAZ weist darauf hin, dass „die Globalisierung der letzten 25 Jahre der ganzen Welt ungeahnten Wohlstand beschert hat“. Seit 1980 habe sich das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Weltbevölkerung verdoppelt. 450 Mio. Menschen seien aus tiefster Armut befreit worden, die Lebenserwartung habe deutlich zugenommen. Hierzulande überwiegt immer noch die Meinung, dass die Industrienationen nahezu unvermeidlich die Gewinner der Globalisierung seien. Die Beispiele von China und Indien zeigen, wie fragil diese Hoffnung ist.

### **Zukunftsmodell**

Auf Hilfe zur Selbsthilfe setzt der Friedensnobelpreisträger und Banker Mohammad Junus, der mit seiner Idee der Mikrokredite in Bangladesch ein höchst effizientes Aufbaumodell realisiert hat. Durch den Verzicht auf bankübliche Sicherheiten hat die Grameen-Bank Millionen Menschen zur Selbstständigkeit verholfen. Junus plädiert für ein soziales Unternehmertum, das nicht als reine Wohltätigkeit missverstanden werden dürfe. Die Industrieländer hätten einen „menschlichen Zoo“ aufgebaut, in dem die Insassen blieben, weil sie gut versorgt würden. Überzogene Sozialleistungen führten auf Dauer dazu, die Empfänger passiv und faul zu machen.

### **Historische Chance**

Die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden sind 2006 um 3 % auf eine neue Rekordsumme von 1,533 Billionen Euro gestiegen. Rein rechnerisch hat also jeder Bürger eine staatliche Schuldenlast von rund 18.600 Euro zu schultern. Die derzeit sprudelnden Steuereinnahmen, die in den nächsten vier Jahren 200 Mrd. Euro zusätzlich in die öffentlichen Kassen spülen dürften, veranlassen Steinbrücks Kabinettskollegen, auf dem Marktplatz der Profilneurosen immer lauter nach zusätzlichen Staatsausgaben zu rufen. Paul Kirchhof, Finanzminister-Kandidat im Schattenkabinett Merkel, empfiehlt, einen Neuschulden-Stopp zu verbinden mit einem verbindlichen Entschuldungsfahrplan nach Schweizer Vorbild sowie einer großen Steuerreform, die Steuersenkungen ausgleicht durch die Schließung von Steuerschlupflöchern und die Streichung von Subventionen.

### **Arbeitsmarkt**

Kaum hat sich der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland einigermaßen konsolidiert, da entwickelt sich der Fachkräftemangel zunehmend zur

Wachstumsbremse. Jedes fünfte Metall-Unternehmen klagt bereits über diesbezügliche Probleme. Über 48.000 Ingenieurstellen konnten 2006 nicht besetzt werden. Immer mehr Personalchefs monieren, dass hierzulande schon seit langem am Bedarf vorbei ausgebildet werde. Auf Sicht droht eine Aufspaltung des Arbeitsmarktes zwischen extrem gesuchten Fachkräften und einer großen Gruppe gering Qualifizierter, die dauerhaft abhängig bleiben von Sozialleistungen.

### **Im Ziel**

„Gerade die, die ins Ziel getragen werden, sind oft besonders stolz, es erreicht zu haben“, nölte kürzlich ein Bundesminister über Parteigenossen, die sich als Trittbrettfahrer des realpolitischen Erfolgs betätigten. Und ein Kabinettskollege, dem gelegentliche Mängel bei der rigiden Beachtung seines Parteiprogramms vorgeworfen wurden, exkulperte sich mit einem Zitat von William Somerset Maugham: „Nur ein mittelmäßiger Mensch ist immer in Hochform“.

Ausgabe August 2007

### **Globale Kettenreaktion**

Die dramatische Zuspitzung bei schlecht abgesicherten US-Immobilienkrediten („Subprime“) hat die zunehmende Fragilität der internationalen Finanzstrukturen verdeutlicht. Selbst Insider zeigen sich angesichts von Wucht und Schnelligkeit der globalisierten Domino-Effekte und Kettenreaktionen überrascht. Vor allem bei den am Markt für Kreditderivate engagierten Hedge-Fonds steigt die Ansteckungsgefahr. Sie haben mit verschärften Kreditanforderungen ihrer Banken und sprunghaft wachsenden Kapitalabflüssen von Investorengeldern zu kämpfen. Dieses Szenario bedroht wie ein Damokles-Schwert die Finanzmärkte. Ein großer Crash würde zu einer Weltwirtschaftskrise mit unabsehbaren Auswirkungen führen. Als abschreckendes Beispiel gilt die IKB Deutsche Industrielkreditbank, deren Rettung den vollen Einsatz von Finanzminister Steinbrück und den deutschen Banken erfordert hat. Der Chef der Finanzaufsicht BaFin soll in dem Zusammenhang vor „der größten Bankenkrise seit 1931“ gewarnt haben. Unfassbar ist, dass ein Institut zur Finanzierung des deutschen Mittelstands in den Strudel der amerikanischen Immobilienkrise geraten kann. Die FAZ merkt dazu an: „Die Gier nach noch mehr Rendite und das Ausblenden der Risiken haben die Verantwortlichen getrieben – und die modernen Finanzinstrumente an den globalen Märkten haben es möglich gemacht. Seit die Banken in den neunziger Jahren dazu übergegangen sind, die Risiken nicht mehr nur in die eigenen Bücher zu nehmen, sondern Kredit- oder Zinsänderungsrisiken an Investoren in der ganzen Welt zu verteilen, kann eine lokale Krise ein globales Finanzbeben auslösen.“

### **Ohne Moral**

Selten zuvor ist ein derart eklatanter Beweis dafür erbracht worden, dass sich internationale Politik an allen möglichen Kriterien orientiert, nicht aber an ethischen Maßstäben. Gemeint ist das unwürdige Geschachere im Zusammenhang mit dem 10-Mio.-Euro-Freikauf der bulgarischen Krankenschwestern und des palästinensischen Arztes aus libyscher Folter- und Erpressungshaft. Schon der absurde Vorwurf, die Gefangenen hätten als „Teil einer ausländischen Verschwörung“ mehr als 400 Kinder absichtlich mit Aids infiziert, spottet jeder Ratio. Die Botschaft an alle Diktatoren und Terroristen ist eindeutig: Die europäische Union

ist erpressbar. An Peinlichkeit nicht zu übertreffen war vor allem das Vorgehen der französischen Regierung, die zunächst Sarkozys Ehefrau als trittbrettfahrende Heilsbringerin nach Tripolis schickte, um kurz darauf voluminöse Lieferverträge für ein Atomkraftwerk und Waffen abzuschließen. „Le Figaro“ schrieb dazu: „Darf man Oberst Gaddafi vertrauen? Dass sich dieser Führer, der lange Zeit ein Staatsterrorist war und die Zerstörung von zwei westlichen Verkehrsflugzeugen gebilligt hat, gewandelt hat und jetzt in ‚das Konzert der Völker‘ zurückkehren will? Libyen bleibt eine Diktatur, die von einem unvorhersehbaren Mann beherrscht wird.“ Was ist eine Europäische Union wert, die selbst bei schwersten Verletzungen von Recht und Moral nicht die Kraft aufbringt für eine gemeinsame und wirkungsvolle Reaktion.

### **Hilfe für China**

Im nächsten Jahr wird Deutschland den Titel „Exportweltmeister“ nach aller Voraussicht an China verlieren. Während die deutschen Ausfuhren 2008 – einer neuen Prognose zufolge – um 9 % steigen dürften, wird der chinesische Export voraussichtlich um 20 % wachsen. Das deutsche Außenhandelsdefizit mit China soll auf 35 Mrd. Euro, den höchsten Wert unter allen deutschen Handelspartnern, steigen. Vor diesem Hintergrund mutet es mehr als aberwitzig an, dass China seit 2000 mit Abstand der größte Empfänger deutscher Entwicklungshilfe ist. Einer OECD-Studie zufolge hat die Volksrepublik, die mit 1,3 Billionen Dollar über die höchsten Devisenreserven der Welt verfügt, im Jahr 2005 über 255 Mio. Dollar von der Bundesregierung erhalten. Die Entwicklungshilfe-Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, eine der Lichtgestalten des Kabinetts und überzeugte Verfechterin einer fundierten Betroffenheits-Politik, wechselte flugs das Etikett. Es gehe bei dem China-Engagement nicht mehr um Entwicklungshilfe, sondern um die „Förderung von Klimaschutz und Rechtsstaatlichkeit.“ Gut zu wissen, dass der deutsche Steuerzahler nun auch für diese Aufgaben zuständig ist.

### **Gut betucht**

Im Jahr 2006 lag die Sparquote der deutschen Privathaushalte – wie im Vorjahr – bei 10,6 % des verfügbaren Einkommens. 159,5 Mrd. Euro wanderten zusätzlich auf die hohe Kante. Unter Kaufkraft-Gesichtspunkten ebenfalls interessant: Zwischen 2006 und 2015 sollen – einer neuen Studie zufolge – in Deutschland Vermögen im Gesamtwert von 2.546 Mrd. Euro vererbt werden. Zum Vergleich: In den Jahren 1996 bis 2005 belief sich die Summe „lediglich“ auf 1.456 Mrd. Euro. Die meisten Erben gehören der Altersgruppe 40-54 Jahre an. Durchschnittlich werden per Testament rund 80.000 Euro übertragen.

### **Volkswisheiten**

Ornithologisch angehauchte Sinnsprüche bereichern seit jeher die Erziehung und Volksphilosophie in deutschen Landen. Manche Erkenntnisse – wie z.B. „Der frühe Vogel fängt den Wurm“ – lassen sich auch bei Produktinnovationen, Marketing und Vertrieb in Strategien umsetzen. Latecomer wissen, wovon die Rede ist. Noch eindrucksvoller und richtungsweisender klingt allerdings die Weisheit: „Wer mit den Adlern fliegen will, sollte nicht mit den Hühnern gackern.“

### **Zeitbombe**

Die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf die Weltwirtschaft sind derzeit unkalkulierbar. Erstmals seit den Terroranschlägen im September 2001 hat die Europäische Zentralbank im großen Stil Liquidität in das Bankensystem gepumpt. Die an nur drei Banktagen bereitgestellten knapp 204 Mrd. Euro lagen allerdings erheblich über dem damaligen Geldvolumen. Die üblichen Beschönigungen von Notenbankern und Politikern haben die globale Unruhe an den Märkten eher verstärkt. Die angesichts der zugespitzten Lage unvermeidliche Senkung des Diskontsatzes durch die amerikanische Notenbank könnte sich als Strohfeuer-Effekt erweisen. Der stellvertretende Fed-Chairman warnte bereits vor „breiteren Auswirkungen der Krise auf Konsum und Gesamtwirtschaft“. Die unverantwortliche Gewährung von Hypothekendarlehen in den USA, die auch „Ninjas“ (no income, no job, no assets) zum Häuserkauf ermutigt hat, löst weltweite Finanzbeben infolge von heftigen Kettenreaktionen aus. Dass und in welcher Höhe sich auch deutsche Banken am Roulette-Spiel mit zweitklassigen bzw. faulen Bau-Krediten in den USA beteiligt haben, wirft Fragen nach Transparenz, Kontrolle und Verantwortung auf. Die für deutsche Mittelständler geltenden strengen Basel II-Spielregeln scheinen bei der Goldsuche jenseits des Atlantiks keine Anwendung gefunden zu haben. Am meisten Sorge bereitet die Tatsache, dass derzeit wohl niemand die bestehenden Risiko-Potenziale wirklich überblickt.

### **„Wohlfühlpolitik“**

Ein „höheres Reformtempo“ hat der BDI von der Bundesregierung gefordert. Zwei Jahre Stillstand für den Rest der Legislatur-Periode könne sich Deutschland nicht leisten. Es wäre fatal zu glauben, dass die Konjunktur schon alles richten werde. Hohe Priorität habe die Senkung der Lohnnebenkosten. Auch bei Unternehmens- und Erbschaftssteuern bestehe noch Handlungsbedarf. Dass dieser Appell zu konkreten Maßnahmen führen wird, ist zumindest nach Einschätzung des „Spiegel“ unwahrscheinlich. Unter der Überschrift „Wohlfühlpolitik statt Reformen“ schreibt das Blatt: „Mit einer Kabinettagung im brandenburgischen Meseberg wollen Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr Vize Franz Müntefering entschlossenes Handeln demonstrieren. Doch statt die Reform des Sozialstaats voranzutreiben, profiliert sich Merkel lieber als Retterin des Klimas, strittige Fragen der Koalition werden ausgeklammert. Die Bürger sollen nicht verschreckt werden. Im Vorfeld der Wahlkämpfe in drei Bundesländern unterwerfen sich Union und SPD dem Diktat der Umfragen.“

### **Gleichbehandlung**

Das Gesetz zur Allgemeinen Gleichbehandlung (AGG) hat die deutschen Firmen im ersten Jahr 1,7 Mrd. Euro gekostet, die bürokratische Spielwiese deutlich erweitert und ein Tor geöffnet für systematischen Rechtsmissbrauch. Auch hier zeigt sich, dass „gut gemeint“ oft das Gegenteil ist von „gut gemacht“. Der an sich löbliche Ansatz, Diskriminierungen von Frauen, Ausländern oder Behinderten im Arbeitsleben und bei der Wohnungssuche zu verhindern, führt in der Praxis zu absurden sprachlichen Verrenkungen, Heuchlertum und – häufig auch – zu Benachteiligungen der zu schützenden Menschen. So dürfen beispielsweise Firmen nicht mehr per Stellenanzeige gezielt nach älteren Menschen suchen. Personalchefs berichten, dass Kündigungen mit willkürlich behaupteten AGG-Verstößen gekontert werden, um

steuerfreie Schadensersatzzahlungen statt steuerpflichtigen Abfindungen zu erzwingen. Darüber hinaus treten immer mehr „Berufs-Bewerber“ auf, die jeden Verstoß gegen die AGG-Vorschriften in Stellenangeboten per Klageandrohung zu barem Geld machen wollen.

### **Voll versichert**

Versicherungen neigen immer stärker dazu, Ansprüche ihrer Kunden mit fadenscheinigen Argumenten abzublocken. So wurde kürzlich eine Familie, die im Vertrauen auf die bestehende Auslandskrankenversicherung um den Rücktransport einer im Ausland schwer erkrankten Dame per Rettungsflugzeug bat, von der Allianz bzw. deren Dienstleister Mondial Assistance mit allen möglichen bürokratischen Ausflüchten hingehalten. Nachdem die Familie angesichts dieser offenkundigen Leistungsverweigerung den medizinisch eigentlich kaum vertretbaren Rücktransport per Linienflug selbst organisiert hatte, wollte die Versicherung die Transportkosten zunächst nicht übernehmen. Später weigerte man sich, die Flugkosten für die dringend benötigte Begleitperson zu erstatten. Wer bei einem derartig existentiellen Notfall von „seiner“ Versicherung im Stich gelassen wird, lernt, zwischen den wohlfeilen Versprechungen der Werbebroschüren und den realen Leistungen zu unterscheiden.

### **Absurdistan**

Der internationale Seegerichtshof in Hamburg hat seit seiner Gründung im Jahr 1996 ganze 13 Fälle verhandelt. Gaddafi junior hat die Folter der bulgarischen Krankenschwestern ebenso öffentlich zugegeben wie deren strafrechtliche Unschuld. Klaus Kleinfeld, der wegen diverser Ungereimtheiten im Mai zurückgetretene ehemalige Siemens-Chef, hat mit seinem neuen Brötchengeber, dem amerikanischen Alcoa-Konzern, eine „Antrittsprämie“ in Höhe von 6,5 Mio. Dollar ausgehandelt. Und das Verwaltungsgericht Dresden hat den Bau der 630 m langen Waldschlösschenbrücke gestoppt mit dem Hinweis auf eine möglicherweise betroffene Fledermausart mit dem schönen Namen „Kleine Hufeisennase“.

Ausgabe Oktober 2007

### **Pfeifen im Wald**

„Keine Anzeichen für eine ernsthafte Eintrübung“ der Konjunktur sah Finanzminister Steinbrück am 11. September bei der Einbringung des Bundeshaushalts 2008 im Deutschen Bundestag. Er reihte sich damit ein in die internationale Riege der Politiker und Notenbanker, die angesichts der Risiken der globalen Finanzkrise ihre vorrangige Aufgabe in der Beschwichtigung und Beschönigung sehen. Die Realitäten sehen (leider) anders aus. So sind die Auftragseingänge der deutschen Industrie im Juli – gemessen am Vormonat – so stark eingebrochen wie nie zuvor seit der Wiedervereinigung. Abzuwarten ist, ob es sich hierbei um einen Ausreißer oder um eine Trendwende handelt. Und für die internationalen Großbanken schlägt schon Ende September eine Stunde der Wahrheit: Sie müssen milliardenschwere Liquiditätszusagen erfüllen, falls die Finanzierung von Kreditrisiken über kurzfristige Schuldverschreibungen endgültig zusammenbricht. Creditreform warnte bereits vor einer Kreditkrise für deutsche Mittelständler, die sich auf eine restriktivere Fremdmittelvergabe und schlechtere Konditionen einstellen müssen. Da klingt es wie Pfeifen im dunklen Wald, wenn das DIW keine spürbaren Auswirkungen auf die

„Realwirtschaft“ erwartet. Eng würde es spätestens dann, wenn die internationalen Verwerfungen dem unverändert starken Export die Basis entziehen würden.

### **Globales Kartenhaus**

Vor einem Platzen der Private-Equity-Blase warnt der „Spiegel“ unter der Überschrift „Härtetest fürs Kartenhaus“. Billiges Geld sei nicht mehr verfügbar. Im August ist das Transaktionsvolumen auf den tiefsten Stand seit vier Jahren gestürzt. Das Magazin kommentiert: „Noch vor wenigen Monaten haben die Banken den ‚Heuschrecken‘ gegen hohe Kommissionen die Finanzierungen hinterhergeworfen und damit Übernahmepreise und Verschuldungsgrad der Beutfirmen in astronomische Höhen geschraubt.“ Jetzt ist weltweit Katerstimmung angesagt. Einige Mega-Übernahmen werden mangels Finanzierbarkeit auf der Strecke bleiben. Und wesentlich schlimmer: Derzeit ist nicht absehbar, ob und inwieweit die globale Kettenreaktion auch die Kleinanleger erreichen und treffen wird. Ein Insider warnt: „Selbst Lieschen Müller, die ihr Geld vorsichtig in Geldmarktfonds geparkt hat, kann dann verlieren.“

### **Strukturelle Lücke**

Im ersten Halbjahr hat der deutsche Staatshaushalt erstmals seit der Wiedervereinigung einen Überschuss ausgewiesen. Fachleute taxieren das Plus auf insgesamt 1,16 Milliarden Euro, also etwa 0,1 % des BIP. Für das Gesamtjahr 2007 rechnet die Bundesregierung allerdings noch mit einem Maastricht-Defizit von 0,5 %, während für 2008 die schwarze Null angestrebt werde. Bemerkenswert ist, dass Länder, Gemeinden und Sozialkassen in den ersten sechs Monaten z.T. deutliche Überschüsse erzielt haben, während der Bund weitere Schulden gemacht hat. Ein CDU-Abgeordneter hat darauf hingewiesen, dass die strukturelle Lücke zwischen regelmäßigen Einnahmen und Ausgaben sich in diesem Jahr immer noch auf 20 bis 30 Mrd. Euro belaufe. Und die FAZ kritisiert die Bundesregierung: „Statt die günstige Wirtschaftslage zügig zum Schuldenabbau zu nutzen, um die Zinslasten zu verringern, lässt sie es langsam angehen. Die Rechnung für diese Politik wird in einigen Jahren an die Bürger weitergereicht“.

### **Freiheit und Wachstum**

Bei den wirtschaftlichen Freiheiten für Unternehmen rangiert Deutschland nur auf Rang 18 von 135 untersuchten Ländern. Das hat die neueste Ausgabe der seit 1975 vom kanadischen Fraser Institute herausgegebenen Studie „Economic Freedom of the World“ (EFW) ergeben. Zu den Bewertungsmaßstäben zählen Staatseinfluss auf die Wirtschaft, darunter Staatsquote, Steuerlast und Subventionen, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit des Eigentums, Währungsstabilität, Außenhandelsfreiheit sowie die Regulierung von Banken, Arbeitsmarkt und Gewerbe. Bemerkenswert ist ein mathematisch nachweisbarer Zusammenhang zwischen dem Grad der Freiheit und der Zunahme des Wohlstands: Nach den Untersuchungen der EFW-Forscher haben die freiesten Staaten im Durchschnitt jährliche Wachstumsraten von 2,3 % erreicht, während die unfreiesten Länder nur 0,4 % verbuchen konnten.

### **Aus der Schuldenfalle**

Ein Ausweg aus der Schuldenfalle ist auch bei den Kommunen machbar. Das hat die rheinische Stadt Langenfeld vorexerziert, die ihren bis 1986 aufgehäuften Schuldenberg bis zum Oktober 2008 auf Null bringen will. Der CDU-Bürgermeister setzt nach dem Motto „Bürgersinn statt Vollkasko-Mentalität“ konsequent auf Kostensenkung, Bürokratie-Abbau, Eigenverantwortung und Wirtschaftsförderung.



Die Neuansiedlung von Unternehmen hat 2006 zu einem sprunghaften Anstieg der Gewerbesteuer geführt. Diese Entwicklung nimmt Langenfeld zum Anlass, den Gewerbesteuersatz schrittweise zu senken, was den Standort zukünftig noch interessanter macht. Auf anderem Wege hat Düsseldorf das Ziel der Schuldenfreiheit schon jetzt erreicht. Die noch 1999 bestehende Gesamtverschuldung von 1,57 Mrd. Euro konnte in nur acht Jahren vorrangig durch die Veräußerung städtischer Beteiligungen abgetragen werden. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass der Verkauf des Tafelsilbers der Stadt und ihren Bürgern seit 1999 Zinszahlungen in Höhe von 465 Mio. Euro erspart habe. Es ist erstaunlich, was konsequenter politischer Wille bewirken kann.

Ausgabe November 2007

### **Ausblick 2008**

Von 5,2 % auf 4,8 % zurückgenommen hat der Internationale Währungsfonds seine Wachstumsprognosen für die Weltwirtschaft in 2008. Am stärksten reduziert der IWF die BIP-Steigerung in den USA (1,9 % statt 2,8 %) und Deutschland (2 % statt 2,4 %). Das Bundeswirtschaftsministerium und der DIHK teilen die deutsche Prognose. Im laufenden Jahr wird der private Konsum laut DIHK nur um 0,5 % wachsen. Die Zahl der Arbeitslosen werde 2007 um 700.000 und 2008 um weitere 300.000 sinken. Vor allem die letztgenannten Zahlen sind ebenso eindrucksvoll wie erfreulich.

### **Falsch gepolt**

Müntefering hat vor dem Bundestag erneut die Notwendigkeit zur Fortsetzung der Reform-Agenda 2010 unterstrichen. Seit Anfang 2007 seien 230.000 Menschen über 50 Jahre wieder in Arbeit gekommen. Hans-Ulrich Jörges bezeichnet im „Stern“ den Kurswechsel von Kurt Beck als „Zusammenbruch der Reformpolitik“, die als Neoliberalismus geschmäht und dem Volk aus Scham, Feigheit und Unfähigkeit nie richtig erklärt worden sei. Der unausweichliche Umbau der Sozialsysteme werde exakt in dem Augenblick aufgegeben, wo sich die Wirksamkeit dieser Politik bewiese. Der „kollektive Run nach links“, der von „Panik, Unvernunft und Charakterlosigkeit“ bestimmt werde, sei ein „Triumph des Opportunismus“. Die Verlängerung des Arbeitslosengeldes für Ältere sei nur der Stock, mit dem Beck im SPD-Machtkampf den Vizekanzler schlage. Beck wisse, dass es falsch sei, was er fordere. Es gelte die Maxime: erst die Partei, dann das Land. Und die anderen Parteien seien – mit Ausnahme der FDP – dabei, unter populistischem Druck der SED-Nachfolger wie Dominosteine umzufallen. Jörges weiter: „Es gibt kein Halten mehr. Es ist ja wieder Geld da. Und wenn morgen die Konjunktur kippt? Wenn’s um die Macht geht, kennt die Politik kein Morgen.“ Der frühere Wirtschaftsminister Wolfgang Clement beschreibt die Lage seiner Partei so: „Die SPD ist heute falsch gepolt. Sie hat die Reformpolitik nicht verinnerlicht und klammert sich an ein überkommenes Sozialstaatsverständnis. Sie will möglichst viele Wohltaten verteilen und alles, was sich bewegt, mit Gesetzen beantworten. Das, was die Mehrheit der Menschen wirklich bewegt, spielt hingegen kaum eine Rolle“.

### **Modell für Europa**

In Dänemark, wo es vor 14 Jahren noch über 10 % Arbeitslose gab, herrscht seit einiger Zeit nahezu Vollbeschäftigung. Das dänische Modell, das unter dem Kunstwort „Flexicurity“ (Flexibilität und Sicherheit) umgesetzt worden ist, erweist sich

als äußerst wirkungsvoll, Das von Politik, Arbeitgebern wie Gewerkschaften getragene Konzept beruht auf der Kombination eines äußerst flexiblen Arbeitsmarktes (mit stark reduziertem Kündigungsschutz) und einer weitgehenden Absicherung durch hohe Arbeitslosenhilfen, Wohngelder und andere Sozialleistungen. Flankiert wird die Initiative durch eine „aktive Arbeitsmarktpolitik“, die gemäß dem Bedarf der Unternehmen nach Arbeitskräften gezielte Weiterbildungs- und Umschulungskurse bietet. Im Ergebnis sind so zahlreiche neue Arbeitsplätze entstanden.

### **Mangel an Fachkräften**

In Deutschland sind derzeit 1,5 Mio. offene Stellen gemeldet. In Branchen wie der Metall- und Elektroindustrie gibt es rein rechnerisch für jeden Arbeitslosen eine Stelle. Tatsächlich erweist sich der Facharbeitermangel gerade in diesen Bereichen schon längst als Wachstumsbremse. Vor diesem Hintergrund droht eine neue Welle von Betriebsverlagerungen und Fremdvergaben ins Ausland. Auch beim akademischen Nachwuchs zeichnen sich erhebliche Angebotslücken ab. Ursache dafür ist, dass in Deutschland nur 20 % eines Jahrgang einen Hochschulabschluss erwerben. Diese Quote gehört zu den niedrigsten aller Industrieländer. Der DIHK hält vor allem die Innovationsfähigkeit im Mittelstand für gefährdet. Insbesondere bei Forschung und Entwicklung fehle es zunehmend an qualifizierten Kräften.

### **Beweislastumkehr**

Unter Generalverdacht will der Bundesfinanzminister alle Steuerzahler durch Beweislastumkehr stellen. Mit anderen Worten: Nicht mehr das Finanzamt soll künftig einen Missbrauch beweisen, sondern der Steuerpflichtige seine Unschuld. Durch die radikale Verschärfung von § 42 der Abgabenordnung sollen die Finanzbeamten in die Lage versetzt werden, jede rechtliche Konstruktion, die zu einem Steuervorteil führt, als Steuerumgehung pauschal abzulehnen. Damit würde die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ausgehebelt, der zufolge es „jedem Bürger grundsätzlich freisteht, seine rechtlichen Verhältnisse so zu gestalten, dass er möglichst wenig Steuern zu zahlen braucht.“ Fachleute halten diese Beweislastumkehr für schlicht verfassungswidrig.

### **Teurer und dümmer**

7,3 Mrd. Euro haben ARD und ZDF 2006 an Gebühren kassiert. Gleichwohl ist das Sende-Angebot durch qualitativen Verfall gekennzeichnet. Bei einer Befragung haben fast 60 % der Bundesbürger bekundet, das Fernsehprogramm sei „dümmer“ geworden. Hinzu kommt die (kostensenkende) Neigung, die Zuschauer immer öfter mit Wiederholungen alter Spielfilme zu traktieren. Das neue Urteil des Bundesverfassungsgerichts verschafft den öffentlich-rechtlichen Sendern zusätzliche Möglichkeiten zur finanziellen Selbstbedienung. Vor diesem Hintergrund dürften die ärgerlichen, weil meist grundlosen GEZ-Belästigungen von Bürgern und Firmen weiter zunehmen.

Ausgabe Dezember 2007

### **Polit-Wende**

Ob die angegebenen „familiären Gründe“ wirklich ausschlaggebend für Münteferings Rücktritt waren, wird sich zeigen. Negative Symbolkraft hat dieser Abgang in jedem

Fall: Mit dem kantigen Sauerländer hat sich einer der letzten SPD-Führungspersönlichkeiten verabschiedet, die durch Anerkennung der Reformnotwendigkeiten und Blick für das Machbare überzeugt haben. Bis 2009 dürfte sich das Regieren der großen Koalition vorrangig auf wahltaktisches Geplänkel und einen populistischen Überbietungswettbewerb konzentrieren. Da spielt es keine Rolle mehr, dass die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute eindringlich vor einer Abkehr vom Reformkurs gewarnt haben. Auch die Aufforderung des Bundespräsidenten, die günstige Konjunktur und die Erfolge am Arbeitsmarkt als „Rückenwind für weitere strukturelle Verbesserungen“ zu nutzen, ist im Polit-Alltag untergegangen.

### **„Systemische Risiken“**

Die jüngste Krise an den globalen Finanzmärkten ist nach Einschätzung von Peer Steinbrück noch nicht überstanden. Er warnte vor „systemischen Risiken“, die sich aus den am Finanzmarkt bewegten Volumina ergäben. Nach Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) werden derzeit am internationalen Devisenmarkt tagtäglich durchschnittlich rund 3,2 Billionen Dollar umgesetzt. Das sind 70 % mehr als noch vor drei Jahren. Hinzu kommt der außerbörsliche Handel mit Währungsderivaten in Höhe von täglich 2,1 Billionen Dollar. Diese Dimensionen werfen grundsätzliche Fragen auf nach der Kontrollierbarkeit von weltweiten Risiken und Kettenreaktionen.

### **Desaster**

Als „von A bis Z misslungenes, bürokratisches Monstrum“ bezeichnet der Münchner Prof. Klaus Michael Groll die Erbschaftsteuerreform. Auch von der Handhabung her sei sie ein „Desaster“. So müssen die Marktwerte von Immobilien künftig durch Gutachter ermittelt werden. Und bei Betrieben ergebe sich erst nach 15jähriger Überwachung durch die Finanzämter, ob es wirklich zu den angekündigten Steuerentlastungen komme. Billiger wäre gewesen, die Erbschaftsteuer ganz abzuschaffen. Und die FDP weist darauf hin, dass größere und ertragsstarke Familienunternehmen, die der Motor für neue Arbeitsplätze seien, durch die neuen Regeln erheblich benachteiligt würden.

### **Sozialismus**

Im Jahr 1991 stimmten in den neuen Bundesländern 58 % dem Satz zu „Halten Sie den Sozialismus für eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde?“. Im Jahr 2007 ist mit 57 % unverändert eine absolute Mehrheit der Ostdeutschen dieser Ansicht. Die „Wams“ kommentiert dieses Phänomen so: „Woher kommt diese Treue zum Sozialismus, der so viel Leid über die Deutschen gebracht hat? Was hätte noch passieren müssen, um vom Glauben an die Heilskraft kollektivistischer Gesellschaftsordnungen abzufallen; um die bizarre Lust an der Unterwerfung unter das Kollektiv erkalten zu lassen? Ist die klägliche DDR weniger als 20 Jahre nach ihrem Ende vergessen? Die Mauer, die Toten, die alltägliche Schikane, der Zerfall der Städte, die Zerstörung der Natur, die kollektive Lähmung mit all den Verwüstungen des Stillstands? Nun also rufen sie wieder ‚Freiheit durch Sozialismus‘. In den Sälen wird gejubelt – und vor dem Fernseher genickt. Ach, die alte Liebe Sozialismus. Ja, wenn die nur einmal nicht ‚schlecht ausgeführt‘ würde. Wenn schon nicht von Fidel Castro, dann vielleicht von Hugo Chávez? Wenn schon nicht von Erich Honecker, dann vielleicht von Oskar Lafontaine? Was den Romantikern die blaue Blume war, ist politischen Träumern der ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz‘. Ein Sehnsuchtsort als Zuflucht vor der kalten Freiheit. Dort

wären sie so gern glückliche Sklaven“.

### **„Toter Hund“**

Die nostalgische Verklärung und gezielte Desinformation wird bestätigt durch die neue Studie „Das DDR-Bild von Berliner Schülern“, die die Freie Universität Berlin kürzlich vorgestellt hat. Nur ein Drittel der befragten Jugendlichen wusste beispielsweise von Mauerbau und Schießbefehl. Nicht einmal die Hälfte bewertete die frühere Diktatur in Ostdeutschland kritisch. 40 % der Ostberliner vertraten die Meinung, die Stasi sei ein Geheimdienst gewesen, wie ihn „jeder Staat hat“. Wolf Biermann hat die Wiederbelebung des Begriffs „Demokratischer Sozialismus“ im „Spiegel“ als „Comeback eines toten Hundes“ bezeichnet. Und der FDP-Generalsekretär hat angemerkt: „Demokratischer Sozialismus ist wie die unbefleckte Empfängnis. Man kann daran glauben, aber man wird es nicht erleben.“

### **Auch das noch ...**

Der Bund belastet die deutsche Wirtschaft durch gesetzliche Melde- und andere Informationspflichten jährlich mit Bürokratiekosten von 31,2 Mrd. Euro. Den Gesamtschaden, der den Unternehmen durch Wirtschaftskriminalität entsteht, schätzen Fachleute auf bis zu 8 Mrd. Euro pro Jahr. Ausländische Wirtschaftsspione richten hierzulande nach Einschätzung des Verfassungsschutzes Schäden von rund 20 Mrd. Euro jährlich an. Russen und Chinesen seien die aggressivsten Akteure bei der rechtswidrigen Beschaffung von Technologie- und Produktionsgeheimnissen. Die letzte Zahl stammt nicht aus Deutschland: Mit einem geschätzten Jahresumsatz von 90 Mrd. Euro ist die Mafia mittlerweile zum größten italienischen „Unternehmen“ avanciert.

Übrigens: 2008 ist das erste Jahr vom Rest Ihres Lebens!

Thielenhaus & Partner